

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 888 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Detlev von Larcher MdB zum Umgang der Bundesregierung mit Fragen nach dem Asylkompromiß: Ein parlamentarisches Trauerspiel.

Seite 1

Heidrun Förster zu den Voraussetzungen einer erfolgreichen SPD-Arbeit in Ostdeutschland: An den Erwartungen der Arbeitnehmer orientieren.

Seite 3

Gernot Eiler MdB zum Erscheinungsbild der sozialdemokratischen Außenpolitik: Widersprüche ohne Ende?

Seite 4

Johannes Singer MdB zum Versagen der Koalition bei der Verbrechensbekämpfung: Unfähig, wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Drogenkriminalität zu beschließen.

Seite 6

48. Jahrgang / 20

12. Februar 1993

Ein parlamentarisches Trauerspiel

Zum Umgang der Bundesregierung mit Fragen nach dem Asylkompromiß

Von Detlev von Larcher MdB

Der Parteienkompromiß zum Asylverfahren sieht u.a. vor, Flüchtlinge, die über Polen oder die Tschechische Republik zu uns kommen, in diese Länder zurückzuschicken. Dazu soll per Gesetz festgestellt werden, daß es sich bei diesen Ländern um sogenannte sichere Drittstaaten handelt. Das heißt, es wird davon ausgegangen, daß es in diesen Ländern Asylverfahren gibt, die den Ansprüchen der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention genügen, so daß also politisch Verfolgte auch in diesen Ländern Schutz finden können.

Nun hat aber der Bundesinnenminister am 1. Februar dieses Jahres in einem Interview in den Tagesthemen auf die Frage, ob denn diese beiden Länder durch die vorgesehene Regelung nicht unzumutbar belastet würden, gesagt, dies sei nicht der Fall, weil etwa Polen die von der Bundesrepublik (ohne Asylverfahren in Deutschland) nach Polen zurückgewiesenen Flüchtlinge gar nicht bei sich aufnehmen, sondern in die Herkunftsländer abschieben sollten.

Diese Aussage steht nun in krassm Gegensatz zu dem Parteienkompromiß und zu den bisherigen Äußerungen. Um den Sachverhalt aufzuhellen, stellte ich für die Fragestunde des Bundestages folgende zwei Fragen:

1. "Trifft die Erklärung des Bundesministers des Innern, Rudolf Seiters, vom 1. Februar 1993 (ARD-Tagesthemen) zu, wonach Polen und die Tschechische Republik durch die vorgesehene Asylgesetzgebung nach dem Parteienkompromiß nicht belastet werden, weil beide Länder die von der Bundesrepublik Deutschland zurückgewiesenen Flüchtlinge nicht aufnehmen, sondern in ihre Heimatländer abschieben sollen?"

2. "Was soll nach Meinung der Bundesregierung mit den Menschen geschehen, die beim illegalen Grenzübertritt ertrappt und schon an der Grenze zurückgeschoben werden?"

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Klimafreundlicher Umweltschutz
mit recyceltem Rohstoff
Kreuzlos-Papier



Während der Parlamentarische Staatssekretär Lindner in der vorbereiteten ersten Antwort auf meine Fragen zugesteht, daß die beiden Staaten für Asylbewerber Asylverfahren zur Verfügung stellen müssen, versucht er in allen folgenden Fragen zu verschleiern, daß auf diese beiden Staaten eine ungeheure Vermehrung von Asylanträgen zukommt. Würde er das wahrheitsgemäß eingestehen, müßte er nämlich auch zugestehen, daß Polen und die Tschechische Republik die auf sie zukommende Last nicht tragen können.

Dies führte schließlich zur Ermahnung von Burkhard Hirsch (FDP), daß der Staatssekretär seinem Minister nicht durch die Verschleierung sondern nur durch eine offene Darstellung des Sachverhalts helfen könne. Es half alles nichts, das Drumherumreden, die Verschleierung und die Unwahrheiten gingen weiter.

Dieser Teil der Fragestunde blieb ein parlamentarisches Trauerspiel. Wie soll die Kontrolle der Regierung durch das Parlament gelingen, wenn Fragestunden zu einem Wettbewerb verkommen, ob der zur Antwort Verpflichtete geschickt genug ist, den Fragenden auszutricksen.

Die Konsequenz solcher Fragestunden kann nur eine Änderung der Bestimmungen sein, so daß der Antwortende Sanktionen befürchten muß, wenn er nicht wahrheitsgemäß und klar antwortet. Sonst wird das Fragerecht der Abgeordneten und damit ein wesentliches Element der parlamentarischen Kontrolle der Bundesregierung zur Farce.

Hier nun einige Beispiele aus besagter Fragestunde:

Lindner: "Wenn sich der Ausländer auch gegenüber den Behörden des Drittstaates auf politische Verfolgung beruft, muß der Drittstaat im Hinblick auf den in Artikel 33 der Genfer Flüchtlingskonvention enthaltenen Grundsatz des Verbots einer Abschiebung in einen Verfolgerstaat nach seinen innerstaatlichen asylverfahrensrechtlichen Vorschriften prüfen, ob die Eigenschaft eines Flüchtlings im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention vorliegt."

Zusatzfrage: "Dann entnehme ich aber Ihrer Antwort, daß die Feststellung von Bundesinnenminister Seiters in den "Tagesthemen" nicht richtig ist, daß die Polen durch unsere Regelung nicht belastet werden. Sie müssen ja ein Asylverfahren durchführen, wenn dort Asyl beantragt wird."

Lindner: "Sie werden nicht belastet, weil es hier um eine Verpflichtung geht, die die Polen bereits im April 1991 gegenüber den Schengener-Vertrag-Staaten eingegangen sind. Insoweit kann es sich also nicht um neuerliche Belastungen handeln."

Zusatzfrage (Ulrike Mehl, SPD): "...Wissen Sie, welche Qualität und welchen Umfang die polnische Verwaltung überhaupt bewältigen kann, inwieweit sie also überhaupt in der Lage ist, dieses von uns auf sie verlagerte Problem zu lösen?"

Lindner: "Frau Kollegin, das ist ja auch der Grund dafür, daß die Bundesregierung Hilfe angeboten hat. Darüber haben wir ja gesprochen."

(Ulrike Mehl: "Aber kennen Sie die Dimension? Kennen Sie die Verhältnisse? Das war die Frage!")

Lindner: "Ich kenne die Dimension derer, die über Polen zu uns kommen, die also für eine Rücküberführung in Betracht kommen. Wir kennen auch ungefähr das, was in Polen vorhanden ist. Daraus resultiert unser Hilfsangebot. Ich bin der festen Überzeugung, daß das gemeinsam zu bewältigen ist."

Zusatzfrage (Dr. Jürgen Schmude, SPD): "...stimmen Sie dem Kollegen Hirsch darin zu, daß nach der jetzt in Vorbereitung befindlichen neuen Rechtslage durch die Rücknahme der Flüchtlinge eine wesentlich höhere Last auf Polen zukommt, als das bisher der Fall ist?"

Lindner: "Das kann man im voraus nicht sagen. Das wird sich zeigen. Aber für den Fall, daß das zutreffen sollte, haben wir ja auch konkrete Hilfen angeboten. Ich verweise auf all das, was ich im Lauf dieser Fragestunde dazu bereits ausgeführt habe."

Die Antworten des parlamentarischen Staatssekretärs Eduard Lintner zeigen meines Erachtens beispielhaft, wie die Bundesregierung bemüht ist, eine rationale Diskussion des ganzen Problems zu verhindern, indem sie Sachverhalte verschleiern.

Meines Erachtens tut sie es deswegen, weil eine öffentliche sachliche Diskussion zeigen würde, wie problematisch der Parteienkompromiß innen- und vor allem außenpolitisch ist. Die jetzt angelaufenen Verhandlungen mit Polen und der Tschechischen Republik zeigen die außenpolitische Problematik besonders deutlich.

(-/12. Februar 1993/rs/fr)

An den Erwartungen der Arbeitnehmer orientieren
Zu den Voraussetzungen einer erfolgreichen SPD-Arbeit in Ostdeutschland

Von Heidrun Förster (Frankfurt/Oder)
Stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

Auch für die ostdeutschen Sozialdemokraten gilt: Mitgliederzuwachs und parlamentarische Mehrheiten kann die SPD nur erreichen, wenn sie sich in ihrer Politik und ihrer Arbeit vorrangig an den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Arbeitslosen und der sozial Schwächeren in unserer Gesellschaft orientiert.

Bei ihrer Gründung im Oktober 1989 verstand sich die SPD in der DDR als Teil der Bürgerbewegung der damaligen DDR, in der eher naturwissenschaftliche, kirchliche Berufe sowie Lehrer anzutreffen waren, als Arbeitnehmer der gewerblichen Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes. Dementsprechend wurden auch die politischen Funktionen in der Partei besetzt und Politik danach ausgerichtet.

Die sozialdemokratischen Betriebs- und Personalräte mußten und müssen sich dagegen mit ganzer Kraft der Sicherung der Arbeitsplätze, der Einkommen und der sozialen Fragen in den Betrieben und Verwaltungen widmen. Parteipolitisches Engagement wurde daher zunächst zurückgestellt. Diese Entwicklung hat nicht nur zu einer "Schieflage" bei den politischen Inhalten, sondern auch bei der Personalauswahl für die Besetzung politischer und parlamentarischer Funktionen in der SPD geführt. Das darf so nicht bleiben. Erforderlich ist:

1. Die SPD hat nur dann eine realistische Chance, Mitglieder dazuzugewinnen, wenn sie kontinuierlich und beharrlich auf allen politischen Ebenen daran arbeitet, sich inhaltlich und personell als Partei darzustellen, die sich an den Erwartungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer orientiert: Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, Kampf gegen weitere Entindustrialisierung, Durchsetzung eines umfassenden Investitionsprogramms, Verstärkung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, Sanierung des Wohnungsbaus, Verbesserung der Einkommen, Kampf gegen weiteren Sozialabbau, Sicherung der Tarifautonomie.
2. Den gewerkschaftlich organisierten Betriebs- und Personalräten, Gewerkschaftern und Vertrauensleuten muß, wenn sie für Mitarbeit gewonnen werden sollen, besserer Zugang zu den politischen Entscheidungsgremien auf allen Ebenen gegeben werden, indem ihnen sichere Listenplätze bei Kandidaturen sowohl für die bevorstehenden Wahlen wie auch bei Personalentscheidungen in der Partei überlassen werden.
3. Eine wichtige Aufgabe ist es außerdem, die Beziehungen zwischen den Mandatsträgern und Repräsentanten der Partei und den Betriebs- und Personalräten zu verbessern und eine dauerhafte Kommunikation zwischen ihnen herzustellen. Die Mandatsträger können dadurch einerseits über die Probleme in der Arbeitswelt besser und unmittelbar informiert werden, andererseits werden damit die Möglichkeiten verbessert, die politischen Ziele und

Handlungen der Partei gegenüber den Arbeitnehmern darzustellen und zu erläutern. Ein solches Zusammenwirken von Betrieb und Politik wird die Integrationsziele der Partei im Arbeitnehmerbereich fördern.

4. Probleme gibt es auch noch in der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Diese waren zunächst mit einer SPD konfrontiert, deren Funktionsträger die Rolle freier und unabhängiger Gewerkschaften noch nicht begriffen hatten und sich deshalb eher zurückhaltend gegenüber ihnen verhielten. Das hat sich zwar inzwischen geändert, gleichwohl muß noch deutlicher gemacht werden, daß die wirtschaftliche und soziale Einheit nur in enger Zusammenarbeit von SPD und Gewerkschaften vorangebracht werden kann. Eine engere Zusammenarbeit wird über politische Inhalte und die Identität von Forderungen erreicht werden können, aber auch durch ein klares Bekenntnis der SPD zur Tarifautonomie. Davon hängt es auch ab, ob sich sozialdemokratische Gewerkschafter in Zukunft in der AfA stärker engagieren und dazu beitragen, das soziale Profil der Partei zu schärfen und es für die Bevölkerung erkennbar zu machen.

(-12. Februar 1993/rs/fr)

Widersprüche ohne Ende?

Zum Erscheinungsbild der sozialdemokratischen Außenpolitik

Von Gernot Erler MdB

Wir von der SPD sind ein lustiges Völkchen. Die Show findet öffentlichen Anklang: "Das halbe Dutzend Außenpolitiker, das unter dem Signum SPD gegeneinander konkurriert" (Süddeutsche Zeitung), produziert fast jeden Tag neue Schlagzeilen. Der amüsante Effekt entsteht dadurch, daß die Beteiligten angetreten sind, endlich die "Handlungsfähigkeit" der Bundesrepublik herbeizulinterviewen, faktisch aber die Haltungsschäden der SPD vorzuführen. Als Mitleidender entwickelt man dazu inzwischen nicht einmal mehr Anteilnahme, sondern nur noch Zynismus.

Vor wenigen Tagen dachte man noch, das Nebelkerzengewerbe in den eigenen Reihen könnte angesichts einer strammen Provokation der Regierungskoalition schlagartig aufhören. Mit ihrem Entwurf eines Gesetzes zur klarstellenden Ergänzung des Grundgesetzes vom 13. Januar hatten sich CDU/CSU und FDP etwas überraschend auf die größte anzunehmende Attacke gegen die bisherigen Grundsätze deutscher Außenpolitik verständigt. Schon zwei Tage später zwangen sie den Bundestag zur ersten Lesung dieser Mißhandlung des Grundgesetzes, nach der künftig die Bundeswehr in jedes Abenteuer getrieben werden darf außer in den Angriffskrieg und die militärische Alleinintervention.

Die SPD-Sprecher in der Parlamentsdebatte hauten grobe Keile auf den groben Klotz. Karsten Voigt verwahrte sich gegen eine "Militarisierung der deutschen Außenpolitik" und beklagte "weltweite Interventionsabsichten" der Bundesregierung. Er warb für die Annahme des SPD-Angebots vom Juli 1992 (Öffnung des Grundgesetzes für die real existierenden Blauhelm-Einsätze) und versuchte, die Koalition aus der Sackgasse zu locken: "Unser Kompromißvorschlag macht uns für 95 Prozent aller denkbaren UNO-Missionen sofort handlungsfähig."

Wer dachte, jetzt schließen sich endlich die Reihen der SPD, man konzentriert sich auf das von zwei Parteitag Beschllossene und sorgt dafür, daß die Öffentlichkeit den Unterschied zwischen Regierung und Opposition in dieser Frage auch inhaltlich begreift, der sah sich rasch getäuscht. Nur 14 Tage später präsentierte sich ein völlig anderer Karsten Voigt vor dem rechten Parteifügel: Die SPD sei nicht regierungsfähig, wenn sie ihre Haltung nicht ändere und nicht mindestens auch Kampfeinsätze unter dem Dach der UNO akzeptiere. Man müsse sich

von der bisherigen "provinziellen außenpolitischen Kultur" verabschieden, sonst drohe Deutschland Singularisierung und Re-Nationalisierung.

Interessant, aber was stimmt denn nun? Liegt die Gefahr nun in der "Militarisierung der deutschen Außenpolitik" durch die Rühes und Kinkels (Günter Verheugen beklagte im Parlament sogar einen Rückfall "in die Denkweise der Kanonendiplomatie des Wilhelminismus") oder in der provinziellen Weigerung der SPD, bei nicht mehr als 95 Prozent aller UNO-Missionen mitzutun? Erweist eine Partei wirklich ihre Regierungsunfähigkeit, wenn sie länger als 14 Tage bei einem gut begründeten *Nein* bleibt zu dem unverföhrenen Versuch, einen Freibrief für fast völlig beliebige deutsche Militärabenteuer ins Grundgesetz zu schreiben?

Unsere außenpolitischen Sprecher, darin ganz einig mitten im Pluralismus, versichern dem erstaunten Publikum, die jetzige Haltung der SPD, wenn auch gestützt auf lange Debatten und klare Beschlüsse zweier Parteitage, sei noch gar nicht die richtige. Die komme erst (hopefully) im November beim nächsten Parteitag in Wiesbaden auf den Tisch, wenn sich, wie Florian Gerster erwartet, endlich die Realpolitik gegen den "Gesinnungspazifismus" durchgesetzt haben wird. Die Botschaft lautet also: Bitte nehmt nichts ernst, was wir gegenwärtig sagen, verzeiht uns auch die scharfen Angriffe im Bundestag und in manchen Erklärungen, die nur so zu erklären sind, daß wir bis November noch Rücksicht auf unsere falsche derzeitige Beschluslage nehmen müssen...! Kein Wunder, daß uns tatsächlich kaum noch jemand ernst nimmt.

Dabei könnte die SPD gerade jetzt in der Außenpolitik gegen die kuriose Troika Kohl-Kinkel-Rühe Profil gewinnen. Denen fällt nämlich nichts ein, als neben dem in die falsche Richtung rumpelnden Zug namens Konfliktlösung durch Militärinterventionen herzurennen und das Aufspringen zu versuchen. Peinlich, wenn Rühe 1.500 Soldaten für Somalia marschfertig macht, Boutros Ghali aber zu verstehen gibt, Deutschland könnte mit Hospitälern und Polizeiausbildung viel wirksamer helfen. Aber verständlich, daß die Regierung Kohl als Ablenkungsmanöver von all ihren Schwierigkeiten auch mal das Blitzlichtfeuer der Heldenehrung a la Desert Storm oder wenigstens Restore Hope erleben will.

Wir könnten dem unser Verständnis von der neuen Mitverantwortung Deutschlands in der Welt entgegensetzen. Hans-Ulrich Klose zeigte in die richtige Richtung, als er auf der Wehrkundetagung am 6. Februar es als wichtigste Aufgabe der deutschen Außenpolitik bezeichnete, "in Osteuropa, in Polen und in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion die Demokratisierung zu stabilisieren, zur Sanierung und Entwicklung der Wirtschaft beizutragen und den Beistand der partners in leadership für diese gemeinsame Herausforderung einer neuen globalen Ordnung möglichst zu machen und effektiv zu gestalten".

Der SPD-Fraktionsvorsitzende, der bei einem Regierungswechsel gerne auf dem Kinkel-Sessel landen würde, bezeichnete auch politische Konzepte für den Mittelmeerraum und für das Verhältnis zum Islam als desiderata. Gut, aber wo sind dazu die Aufträge in Fraktion und Partei? Wie erfüllen wir diesen Anspruch mit wahrnehmbaren, erarbeiteten Inhalten? Wie paßt es dazu, daß der Parteivorstand gerade im Zuge notwendiger Sparmaßnahmen die einzige Referenten-Stelle für Osteuropa gestrichen hat?

Hier wäre das wirklich dicke Brett zu bohren. Weil so was mühsam ist und lange dauert, wenden sich die Kameras und Mikrophone rasch ab. Eine außenpolitische Konzeption der SPD als Alternative zu dem kurzatmigen Spontaneismus Kinkels mit seinen ständigen Rückgriffen auf das Out-of-area-Thema zu entwickeln, wäre notwendig und lohnend. Solange allerdings die Ergebnisse der eigentlich zuständigen Projektgruppe Internationale Politik unter der Leitung von Johannes Rau und Heidemarie Wieczorek-Zeul im Bedarfsfall einfach beiseite gewischt werden, wie es in Form der Petersberger Empfehlungen geschah, oder durch die Absonderungen der diversen außenpolitischen Sprecher konterkariert werden, wie es praktisch täglich passiert, kann man aus dieser Quelle die notwendigen Impulse nicht erwarten. Die völlig unzureichende außenpolitische Selbstdarstellung der SPD ist ein Führungsproblem. Wenn niemand der Berufenen einschreitet, ist zu befürchten, daß weiterhin die effektheischende Unterspülung der SPD-Parteitagspositionen als sozialdemokratische Außenpolitik ausgegeben wird. Die Frage ist nur, wie lange sich die Partei das noch bieten lassen wird.

(-/12. Februar 1993/rs/fr)

Unfähig, wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Drogenkriminalität zu beschließen

Zum Versagen der Koalition bei der Verbrechensbekämpfung

Von Johannes Singer MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Drogenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Das Gewinnaufspürungsgesetz, von allen Parteien im Deutschen Bundestag als wichtige Ergänzung zur Strafbarkeit der Geldwäsche gefordert, ist von CDU/CSU und FDP im Dezember von der Tagesordnung des Deutschen Bundestages abgesetzt worden. Es sollte damals schon abschließend beraten und beschlossen werden. Trotz dreier Berichterstattergespräche bis dahin, an denen für die FDP Burkhard Hirsch MdB, für die CDU Erwin Marschewski MdB und für die SPD Johannes Singer MdB teilgenommen haben, konnte sich die Koalition nicht einigen.

Auch bis zum heutigen Tag hat sich nichts bewegt. Still ruht der See. Die Rufe aus der Praxis, endlich zu Potte zu kommen, werden immer lauter und drängender. Die Koalition erweist sich erneut als unfähig, wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Drogenkriminalität zu beschließen?

Worum geht es? Straftäter aus dem Bereich der organisierten Kriminalität erzielen durch die von ihnen begangenen Straftaten Gewinne in beträchtlicher Größenordnung. Um die Weiterverwendung dieser Straftatgewinne zu unterbinden, ist es erforderlich, das Waschen von Geld, das heißt die Rückführung illegal erworbener Vermögenswerte in den legalen Finanzkreislauf, unter Strafe zu stellen. Dies ist durch das Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität inzwischen geschehen. Da Geldwäschevorgänge in der Regel jedoch schwer erkennbar sind, müssen den Strafverfolgungsbehörden Anhaltspunkte für Geldwäschertransaktionen verfügbar gemacht werden. Diesem Zweck dient der Gesetzentwurf zum Gewinnaufspürungsgesetz. Dadurch werden Pflichten insbesondere für Banken und andere Gewerbetreibende zur Identifizierung ihrer Kunden sowie zur Aufzeichnung und Aufbewahrung der Identifizierungsangaben geschaffen. Die bei der Identifizierung erhobenen Feststellungen sollen sechs Jahre lang aufbewahrt werden. Nach dem geplanten Gesetz besteht auch eine Pflicht zur Meldung von Fällen an die Strafverfolgungsbehörden, in denen Kredit- und Finanzinstitute sowie Spielbanken den Verdacht einer Geldwäsche feststellen. Während die Identifizierungs- und Registrierungspflicht bei Finanztransaktionen schon ab einem Schwellenbetrag von 30.000 DM gelten soll, beträgt der Betrag bei Bareinzahlungen 50.000 DM. Die SPD hat sich schon sehr frühzeitig für wesentlich niedrigere und vor allem gleich hohe Schwellenbeträge ausgesprochen. Ähnlich wie in den USA sollten die Schwellenbeträge einheitlich bei 15.000 DM liegen.

In den Auseinandersetzungen mit den anderen Parteien waren nicht nur die Schwellenbeträge umstritten, sondern auch die Privilegierung bestimmter Berufsstände wie zum Beispiel Rechtsanwälte, Notare, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und ähnliche, für deren Herausnahme aus dem Gewinnaufspürungsgesetz ein vernünftiger Grund nicht besteht. Kritisch und praxisfern ist auch der Vorschlag der Bundesregierung zu bewerten, den Strafverfolgungsbehörden praktisch nur einen Tag zur Prüfung eines Geldwäscheverdachts zu geben. Mit dem Bundesrat ist die SPD einer Meinung, daß mindestens 48 Stunden vorzusehen sind. CDU/CSU und FDP müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, in Sonntagsreden zwar ständig vor den Gefahren und Bedrohungen durch die organisierte Kriminalität zu warnen, bei der praktischen Gesetzgebungsarbeit jedoch zu versagen. Beide Parteien verstoßen auch gegen die EG-Richtlinie zur Geldwäsche, die es allen 12 Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft zur Aufgabe gemacht hat, bis Ende letzten Jahres die erforderlichen Gesetze zu verabschieden.

Wann endlich entschließt sich die Koalition, den Kampf gegen das organisierte Verbrechen in Deutschland aufzunehmen?

(-/12. Februar 1993/rs/fr)
